

Auf zu den Vereinigten Staaten von Europa?

Leitbilder für eine zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik

Bericht zur digitalen Konferenz-Reihe am 18. März, 15. April und 19. April 2021



Foto: Mark Bollhorst

In rasanten Tempo haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union enorme Reformanstrengungen unternommen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Ein wirtschaftliches Wiederaufbaupaket von 750 Milliarden Euro wurde auf den Weg gebracht. Mit dem Maßnahmenpaket „Next Generation EU“ sowie der darin enthaltenen Aufbau- und Resilienzfazilität wird der Einstieg in eine gemeinschaftliche Verschuldung nie dagewesenen Ausmaßes vollzogen. Die Europäische Kommission soll über die nationalen Aufbaupläne wachen und wird so zum Zentrum einer koordinierten europäischen Konjunktur- und Strukturpolitik im Rahmen des Europäischen Semesterverfahrens. Die Erschließung neuer Eigenmittel zur Finanzierung des Wiederaufbauprogramms rückt immer mehr in greifbare Nähe. Nach jahrelanger Blockade hat die EU unter dem Eindruck der Corona-Krise einen beeindruckenden Sprung in Richtung gemeinschaftlicher Wirtschafts- und Fiskalpolitik vollzogen. Sind die neusten Reformmaßnahmen im Bereich der

europäischen Wirtschaftspolitik ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer Fiskalunion? Erleben wir gar aktuell den Gründungsmoment der Vereinigten Staaten von Europa? Und bedeutet eine europäische Wirtschaftsregierung automatisch eine progressive europäische Wirtschaftspolitik? Was sind notwendige Reformschritte für ein sozialeres und demokratischeres Europa?

Um eine gewerkschaftliche Debatte zu diesen Fragen voranzutreiben, haben DGB, Ver.di, IG Metall, das WSI der Hans-Böckler-Stiftung und die FES eine dreiteilige digitale Konferenzreihe organisiert. Unter dem Obertitel „Auf zu den Vereinigten Staaten von Europa? Leitbilder für eine zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik“ wurden am 18. März, am 15.4. und am 19.4. Unterschiedliche Aspekte und Perspektiven diskutiert.

Die erste Veranstaltung am 18. März stand unter dem Motto „Macht uns eine immer mehr, wirtschaftlich zusammenrückende Union zu einer sozialeren Europäischen Union?“ In einem lebhaften Streitgespräch diskutierten dazu Sophie Pornschlegel vom European Policy Centre und Martin Höpner vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

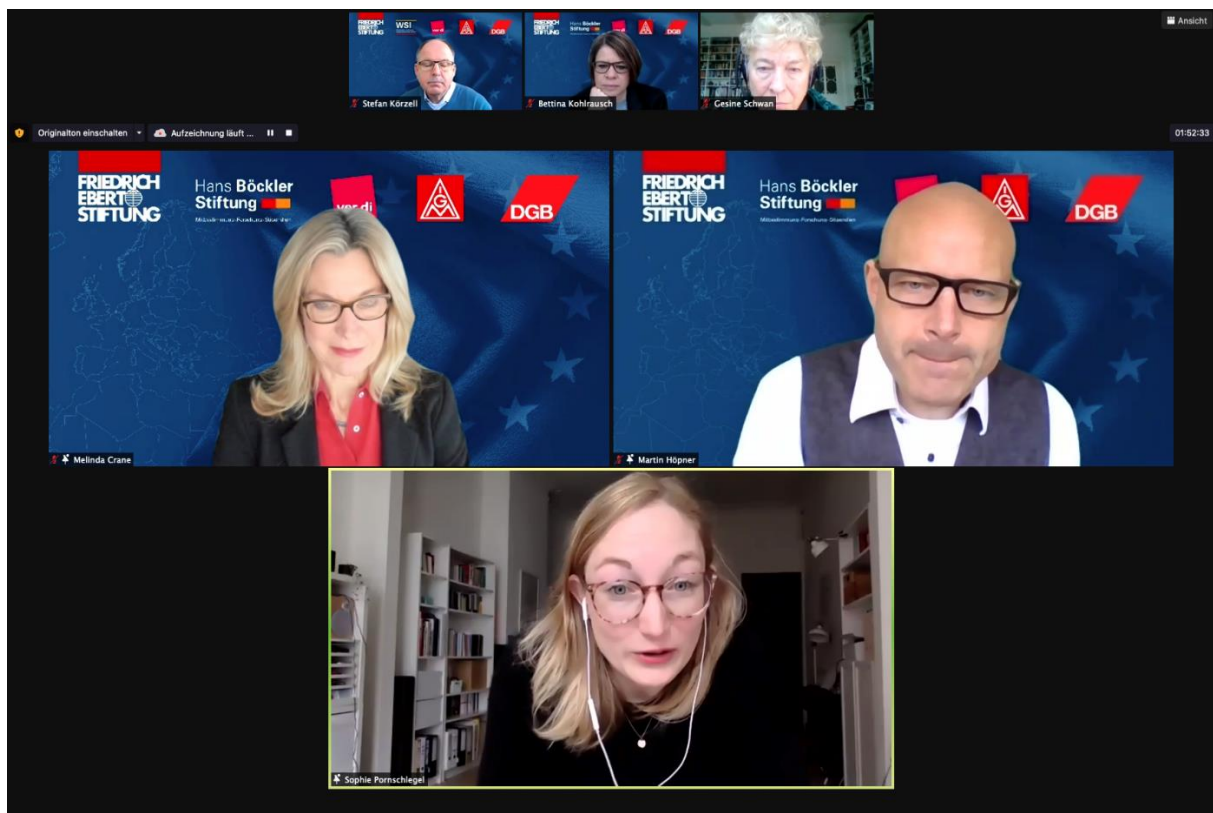


Foto: Screenshot FES

Stefan Körzell vom DGB-Bundesvorstand unterstrich in seiner Begrüßung die Bedeutung des Europäischen Aufbaufonds. Der Fond schafft den Rahmen für einen wirtschaftlichen Aufbau und unterstützt die sozialökologische Transformation der Europäischen Union. Er verwies darauf, dass bereits 2012 der DGB einen „Europäischen Marshallplan“ gefordert hatte, um die Union voranzubringen. Bettina Kohlrausch, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung betonte ihrerseits besonders, wie wichtig es sei, die Transformationsprozesse der Dekarbonisierung, der sozial-ökologischen Transformation und der Digitalisierung in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen zu diskutieren und umzusetzen.

Für Sophie Pornschlegel bräuchte es eine europäische Wirtschaftspolitik, die eng verbunden ist mit einer europäischen Sozialpolitik. Hier hat ein Wechsel vom Mindset einer liberalen Europapolitik hin zu einer sozialeren integrativen Politik stattgefunden. Grund dafür ist unter anderem, dass Covid-19 die Möglichkeit beschränkt, einen direkten Schuldigen für die wirtschaftliche Krise zu finden. Es bedarf zudem eines europäischen Idealismus der sozialdemokratischen Visionen entwirft, auch wenn deren Ziele hochgesteckt sein mögen.

Martin Höpner betrachtete das Leitbild eines „souveränen Europas“ kritisch unter zwei Aspekten: (1) Vielen geht eine Zentralisierung europäischer Kompetenzen zu weit; (2) das soziale- und demokratische Potential der EU wird gnadenlos überschätzt werden; Stattdessen bräuchte es eine pragmatische und sachbezogene Herangehensweise, die die Frage „bist du für mehr oder weniger Europa?“ überwindet.

Die Frage der demokratischen Legitimität stand im Zentrum des Streitgesprächs. Für Sophie Pornschlegel braucht es die demokratische Legitimität vor allem deshalb, weil der EU-Aufbau auf öffentlichen Geldern verwendet. Aber wie schafft man eine bessere Demokratisierung in der EU? Martin Höpner lenkte ein, dass den Bürgerinnen und Bürgern Europas eine Verstärkung der Kompetenz europäischer Institutionen nicht vermittelbar sei, wenn die EU Vorgaben gibt, die keine demokratische Legitimität besitzen. Mehr Übereinstimmung gab es bei der Einschätzung des „Sozialen Europa“: Die Frage der nationalen versus transnationalen Kompetenz in der Sozialpolitik ist mit „Sowohl-als-auch“ zu beantworten. Auf europäischer Ebene kann es niemals um Vollharmonisierungen sondern immer nur um das Setzen sozialer Mindeststandards gehen. Wichtig ist zudem, dass die Nationalstaaten ihre sozialstaatlichen Mechanismen vor einer Liberalisierungspolitik der EU schützen können.

In ihrem Kommentar unterstrich Gesine Schwan von der Humboldt Viadrina Governance Plattform, dass die EU ein Zusammenschluss von Bürgern und Staaten und nicht nur von Staaten ist. Für sie muss die Betonung auf einer EU als Zusammenschluss von Bürgern liegen, um konkret demokratische Legitimität auszubauen. Zum Beispiel könnten die nationalen Parlamente stärker mit einbezogen werden. Es wäre wichtig, in den europäischen Mitgliedstaaten ein tieferes Verständnis zu stiften, welche politischen und gesellschaftlichen Baustellen es in anderen Ländern gibt. Gerade die Nationalstaaten sind es, die Europas Aufgaben als Europäische Union hemmen. Eine Demokratisierung der EU muss neben einer Stärkung des EU-Parlaments, einer substantiellen Rolle für nationale Parlamente als dritte Ebene auch eine Einbeziehung der Kommunen (z.B. durch Direktfinanzierung aus Brüssel) umfassen.

Im Fazit für die Zukunftsaussichten nannte Martin Höpner soziale Mindeststandards, die nicht unterschritten werden dürfen sowie die Stärkung der Tarifvertragssysteme, um für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Sophie Pornschlegel sah es als wichtig an, die Europäische Union hinsichtlich der Kompetenz von Umwelt- und Sozialfragen zu stärken. Eine kluge ökologische Transformation kann die europäische Wirtschaft konkurrenz- und zukunftsfähig machen. Projekte wie eine Finanztransaktionssteuer auf EU Ebene und eine Besteuerung von Emission können zu einer neuen finanziellen Quelle für sinnvolle Investitionen werden.

In der zweiten Veranstaltung am 15. April ging es um die Chancen und Grenzen einer Fiskalunion aus politökonomischer Perspektive. Das Streitgespräch von Waltraud Schelkle von der London School of Economics und Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung wurde ergänzt durch einen Kommentar von Christian Odendahl vom Centre for European Reform.

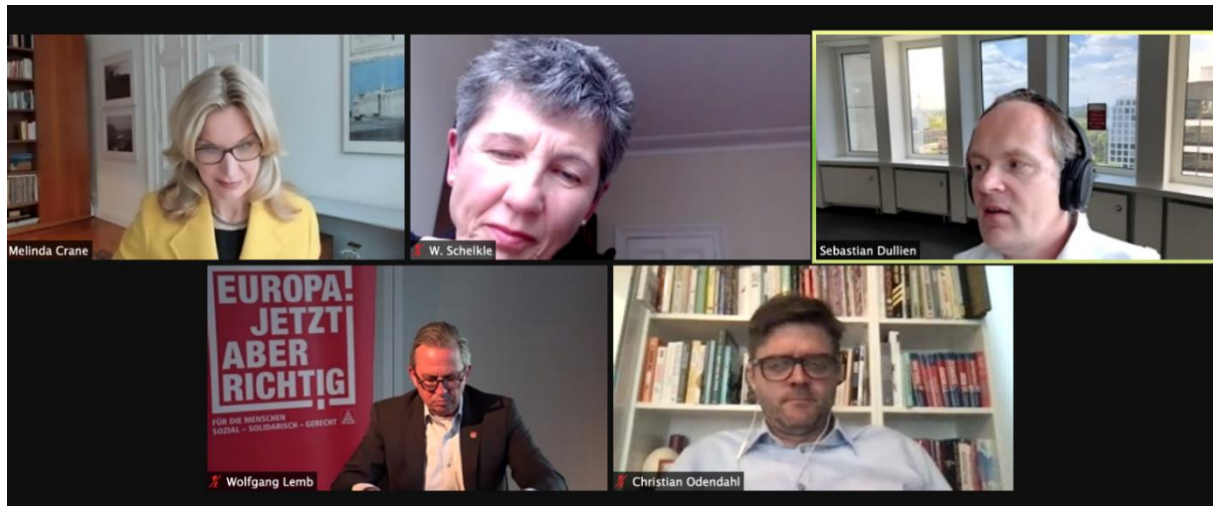


Foto: Screenshot FES

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall sprach sich in seiner Begrüßung für eine demokratische Wirtschaftsunion aus und forderte, dass die Technokratie in der EU überwunden wird. Der europäische Wiederaufbaufond ist eine konstruktive Reaktion auf die Covid-19 Pandemie, ebenso die Intervention der EZB und die Stärkung der mitgliedstaatlichen Kurzarbeitersysteme durch das EU-Programm SURE. Dass die EU mehr tun muss, liegt auf der Hand. Aus Sicht der IG Metall braucht die EU einen zweiten fiskalischen Schub. Ein zweiter EU-Aufbaufond wäre zwar nötig, ist nach seiner Auffassung aber unwahrscheinlich. Es steht zu befürchten, dass ein solcher fiskalische Mechanismus nach Beendigung der Covid-19 Krise von konservativen und neoliberalen Kräften schnell wieder in den Giftschrack gesperrt wird.

Für Waltraud Schelkle sollte als Leitbild für ein zukünftiges Europa eine differenzierte Integration gelten, eine Fiskalunion hält sie in den nächsten Jahren für unrealistisch. In absehbarer Zeit werden die Mitgliedstaaten weiterhin die Hauptverantwortung tragen für die Fiskalpolitik der Eurozone. Auch Sebastian Dullien sah einen mit den USA vergleichbaren Staatenbund in den nächste 15 Jahre nicht realistisch, fand aber, dass eine Fiskalunion das wirtschaftspolitische Ziel progressiver Kräfte bleiben sollte. Der EU-Aufbaufonds schafft zwar eine Brücke hin zur Zahlungsfähigkeit vieler Länder. Dennoch gibt es ein Akzeptanzproblem in einigen europäischen Staaten gegenüber einer Europäisierung der Fiskalpolitik. Trotzdem hielt auch er eine zunehmende europäische Integration und einen gemeinsamen europäischen Haushalt für erstrebenswert. Waltraud Schelkle bekräftigte, dass ein zentraler europäischer Haushalt wichtig ist: Es ist problematisch, wenn die EU festlegt, in welchem Maß sich die EU-Länder verschulden dürfen, wenn die EU nicht gleichzeitig auch finanziert und investiert. In der derzeitigen Krise ist es ein gutes Zeichen, dass die EU Mittel z.B. für Kurzarbeit bereitgestellt hat. Insgesamt sprach sich Waltraud Schelkle für stärkere Versicherungsmechanismen etwa in Form eines automatischen Stabilisators für die Eurozone aus.

In seinem Kommentar konstatierte Christian Odendahl, dass Fiskalpolitik in einer Währungsunion sehr komplex ist. Die Regeln sind zu kompliziert, dass man sie vereinfachen sollte. Die Grenz der Neuverschuldung von 60 Prozent BIP ist nicht mehr praktikabel in der Pandemie. Die Gegner einer Fiskalunion brauchen ein Narrativ, wie es sonst funktionieren soll. Wer Verschuldung begrenzen will, muss klar machen, wie er Arbeitslosigkeit verhindern möchte. Konkret nannte Odendahl als Optionen dass z.B. die Corona-Schulden aus der Neuverschuldungsgrenze herausgezogen werden könnten, ebenso z.B. Klima-Investitionen.

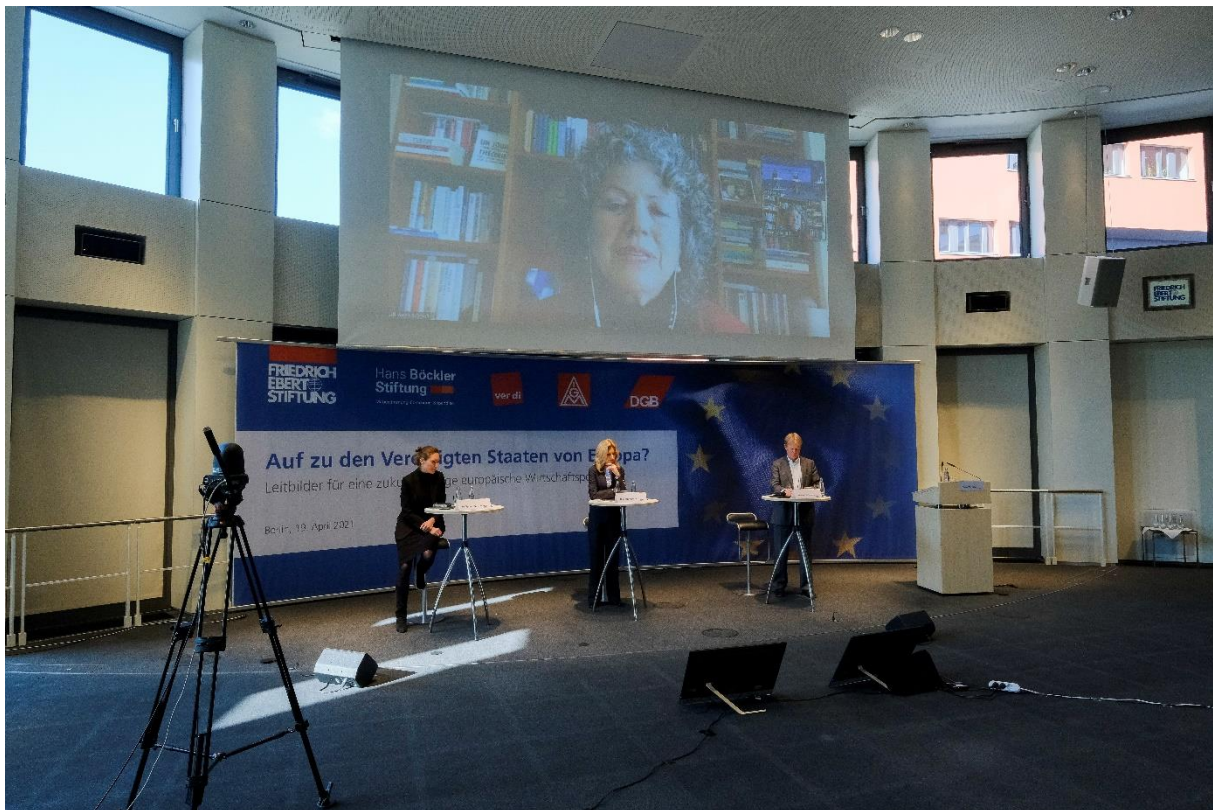


Foto: Mark Bollhorst

Auf der Abschlussveranstaltung am 19. April ging es dann um die Chancen und Grenzen der flexiblen Integration in der EU-Wirtschaftspolitik und die Frage „wie vereint müssen die Vereinigten Staaten von Europa sein?“. Martin Schulz, Vorsitzender der FES und Frank Werneke, Vorsitzender von Ver.di gaben in ihren Begrüßungsstatements die thematische Richtung vor, Vivian Schmidt, Professorin an der Boston University hielt einen ausführlichen Impulsvortrag und diskutierte dann auf dem Podium mit Rainer Hoffmann, dem Vorsitzenden des DGB, Philippa Sigl-Glückner, Direktorin von „Dezernat Zukunft“ und Lukas Oberndorfer von der Arbeitskammer in Wien. Die Veranstaltung fand hybrid statt, d.h. sowohl live in der FES in Berlin, als auch digital.

Martin Schulz fragte in seiner Begrüßung wie die EU mehr Souveränität erlangen kann, ohne dass nationale, regionale und kommunale Identität verloren geht. Es gibt Dinge, die die Nationalstaaten alleine nicht regeln können. Aber es gilt auch andersherum, dass es Dinge gibt, die nur auf nationalstaatlicher Ebene geregelt werden können. Wie ist unter diesem Gesichtspunkte eine flexible Integration umsetzbar? Schon 1925 haben SPD Mitglieder auf einem Parteitag ein vereintes Europa gefordert. Warum? Sie hatten den Ersten Weltkrieg erlebt und wussten, wozu Nationalismus,

Rassismus und Chauvinismus in Europa und auf der Welt führen kann. Heute gibt es ein Dilemma: Die Europäische Union ist weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund. Es braucht also dringend eine neue Kompetenzordnung: Wofür wird die Europäische Union gebraucht und was sollten Nationalstaaten unabhängig davon an Entscheidungen treffen? Alle transnationalen Anliegen müssen von der EU geregelt werden, etwa die Klimapolitik oder der Finanzmarkt, auch die Steuerflucht kann kein Mitgliedsland alleine regeln. Für die großen Dinge ist der Nationalstaat zu klein. Und der Binnenmarkt muss sozialer werden. Diese Aufgabe kann nur auf europäischer Ebene geregelt werden.



Foto: Mark Bollhorst

Frank Werneke verwies darauf, dass die EU nach langer Blockade die überfälligen Schritte hin zu einer Wirtschafts- und Fiskalunion getan hat. Die Gewerkschaften begrüßen die Maßnahmen, die mit dem



Foto: Mark Bollhorst

EU-Wiederaufbaufond eingeleitet wurden. Die Mitgliedsländer haben begriffen, wirtschaftliche Krisen lassen sich auf europäischer Ebene nur gemeinschaftlich bewältigen. Die Gelder aus dem Aufbaufond werden aber nur fließen, wenn die einzelnen Mitgliedsländer die im Europäischen Semester gestellten Auflagen erfüllen. Aus der Sicht der Gewerkschaften sind diese Auflagen kritisch zu betrachten. Vielmehr muss darüber nachgedacht und diskutiert werden, was es bedeutet, wenn die EU-Kommission als nicht demokratisch gewählte Instanz derart viel Macht erhält. Die

Gewerkschaften setzen sich für mehr demokratische Legitimität in der EU ein. Das schließt die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften mit ein.

Auch Vivien Schmidt legte darauf einen Schwerpunkt ihres Impulses: Die EU braucht für eine flexible Integration mehr Kompetenzen, die demokratisch legitimiert sind. Die Antwort auf die Covid-19 Pandemie lässt sich als ein neues Kapitel der EU-Politik verstehen. Seit der Finanzkrise und der Austeritätspolitik hat die EU die Notwendigkeit für neue Idee in einer europäischen Wirtschaftspolitik erkannt. Wesentlich ist hierbei der EU-Aufbauprogramm „Next Generation EU“, der in eine grüne, digitale und soziale Transformation investieren soll. Das ist ein massiver Bruch mit der Politik der vergangenen Jahre. Aber es muss mehr getan werden. Die Entscheidungskompetenzen und das Europäische Semester müssen zunehmend enttechnokratisiert und dezentralisiert werden. Es bedarf einer zunehmenden Einbindung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlament. Darüber hinaus muss ein dauerhafter EU-Fonds eingerichtet werden, mit dem Aufgaben angegangen werden, die nur auf europäischer Ebene gelöst werden können. Es muss verhindert werden, dass nach der Pandemie zurück zu einer Austeritätspolitik gegangen wird.

Lukas Oberndorfer betonte in seinem ersten Betrag der Podiumsdiskussion, dass eine Veränderung der Europäischen Union hin zu einer sozialeren Union nur geschehen kann, wenn das neoliberale Wesen dieser aufgebrochen wird. Gelingt uns eine digitale, soziale und grüne Transformation mit der jetzigen Beschaffenheit der EU? Leider nein. Ein dauerhafter EU-Fonds wie von Vivien Schmidt

vorgeschlagen, ist unmöglich umsetzbar, da die Verschuldungsgrenze im Primärrecht fixiert ist. Die Mitbestimmung des EU-Parlaments ist gemäß dem Artikel 121 nicht gestattet.

Für Reiner Hoffmann wäre ein möglicher Ansatz für eine vertiefte Zusammenarbeit auf das Konzept der Koalition der Willigen zuzugreifen. So könnten politische Veränderungen in Angriff genommen werden, die bei erfolgreicher Umsetzung andere Mitgliedsstaaten dazu bringen sich dem



Foto: Mark Bollhorst

anzuschließen. Hinsichtlich der Austeritätspolitik muss verhindert werden, dass die EU-Kommission zu einer Zerschlagung von Tarifsystemen in der Lage ist, wie es während der Finanzkrise in Südeuropa geschehen ist. Klar war für ihn, dass mit dem EU-Aufbaufonds ein neues Kapitel europäischer Wirtschaftspolitik aufgeschlagen wird. Ob dieses zukunftsfähig ist, wird maßgeblich von den Wahlen in Frankreich und Deutschland abhängig sein. Mit den Konservativen in Deutschland ist ein Rückgang zur Austeritätspolitik wahrscheinlich. Mit einem Wahlsieg der rechten Partei Rassemblement National in Frankreich wären die Auswirkungen für

Europa verheerend. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, müssen die Schritte, die jetzt gegangen wurden, konsequent weitergeführt werden. Zum Thema Industriepolitik stellte Reiner Hoffmann fest, dass sich diese nicht auf europäischer Ebene regeln lässt, da die Industrie national und auch regional sehr unterschiedlich strukturiert und ausgeprägt ist. Gleichwohl ist die Frage nach dem Ausbau von Infrastruktur in Europa relevant. Hier würde ein zentrales europäisches Vorgehen Sinn ergeben. Ziel einer europäischen Integration muss also eine sinnvolle und ausgewogene Verteilung der Kompetenzen sein.

Philippa Sigl-Glückner meinte, dass doch ein Spielraum bei der 60 Prozent Verschuldungsgrenze bestünde. Aus ihrer Sicht hatten wir schon vor dem EU-Aufbaufonds eine gemeinsame Verschuldung, nämlich durch die Europäische Investitionsbank. Hier gibt es also Interpretationsspielraum und die Möglichkeit, andere Wege zu gehen. Wenn Frankreich und Deutschland hinter einer Idee stehen, ist deren Umsetzung wahrscheinlicher. Steht einer dieser großen Akteure nicht dahinter, ist die Umsetzung einer europäischen Idee unwahrscheinlich. Man kann also nicht bestreiten, dass diese beiden Player in besonderem Maße Ideen zu ihrer Verwirklichung verhelfen. Das bedeutet aber auch, dass ein erhöhter Druck aus diesen beiden Zivilgesellschaften einiges bewirken kann. Der Bezug zur deutschen Schuldenbremse ist maßgebend. Kann Deutschland diese überwinden, ist auch auf europäischer Ebene fiskalpolitisch mehr Innovation möglich.



Foto: Mark Bollhorst

Lukas Oberndorfer unterstrich, dass es klar zu einem Paradigmenwechsel in der Europäischen Union gekommen sei. Als Beispiel nannte er Angela Merkel, die lange eine Einführung von Eurobonds ablehnte, im Zuge der Krise durch die Covid-19 Pandemie diese dann aber maßgeblich mit bestimmte. Grund hierfür ist die Einsicht, dass wenn jetzt nichts getan wird, dies zum Scheitern und zum Zerfall der EU führen kann. Damit tatsächliche positive Veränderungen stattfinden, braucht es allerdings nicht allein den Reformwillen von oben, sondern auch eine Bewegung von Unten, wie etwas „Fridays for Future“ oder die Gewerkschaften. Um der Gefahr entgegenzugehen, dass progressive Positionen

zwischen liberalen und rechtspopulistischen Positionen zerrissen werden, darf die unterkomplexe Frage nach einem mehr oder weniger an souveränem Europa nicht derart plump gestellt werden. Die Aufgabe einer progressiven Strömung muss es sein, ein Konzept zu entwerfen, wie man ein Europa der Vielen für die Vielen schafft.

Zum Abschluss fragte die Moderatorin Melinda Crane welche Maßnahmen schon morgen umgesetzt werden könnten, um zu einem sozialeren und integrativerem Europa zu gelangen. Reiner Hoffmann führte folgende Beispiele an: Findet der EU-Aufbaufonds seine Verwendung zu einem großen Teil in den Kommunen bspw. durch den Ausbau von Infrastruktur (Öffentlich Nahverkehr, Fahrradwege, Straße etc.) und sehen die Menschen unmittelbare Veränderung durch EU-Gelder, sorgt das für mehr Akzeptanz gegenüber der Europapolitik. Ebenso wäre die Einführung einer europäischen sozialen Mindestsicherung für alle spürbar. Ein weiteres mögliches Konzept wäre ein europäischer Mindestlohn, der sich am BIP des Landes bemisst, aber auch die Möglichkeit für Länder mit einer hohen Tarifbindung und einer besseren sozialen Absicherung offen lässt, bei ihrem System zu verbleiben. Lukas Oberndorfer erschien es realistisch, dass die „Goldene Investitionsregel“ eingeführt wird und damit z.B. eine Neuverschuldung für die wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19 Pandemie aus dem EU-Defizitverfahren herausgerechnet wird. Auch Philippa Sigl-Glückner hob hervor, dass die Fiskalregeln derart geändert werden sollten, dass sie sich nicht an der Vergangenheit orientieren. Stattdessen sollten die Fiskalregeln an dem Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtet werden.